Versammlung mit einem Hoch auf den Kaiser, den Herzog von Cumberland und den Regenten, und ertheilte dann Herrn Dr. Lindstedt das Wort ....

Die Braunschweiger Deutsch-Socialen haben, wie es scheint, die Quadratur des Kreises gefunden, indem sie sich zugleich welfisch und deutsch-national zeigen. Heil!

* **Berlin**, 24. März. Ueber die Wirksamkeit der Arbeitersecretariate schreibt die „Süddeutsche Reichscorrespondenz": „Ernste Beachtung dürfte der Jahresbericht des Arbeitersecretariats Stuttgart verdienen, des zweiten derartigen Instituts in Deutschland. Das erste ist in Nürnberg, das dritte in München ins Leben getreten, und in einer ganzen Anzahl anderer Städte sind schon Vorkehrungen getroffen, dieses Beispiel nachzuahmen. Die Arbeitersecretariate sind Schöpfungen der Gewerkschaften, d. h. thatsächlich der Socialdemokratie; an der Spitze des Stuttgarter Instituts steht einer der ständigen Reichstagscandidaten der württembergischen Socialisten. Die Aufgabe der Secretariate ist die unentgeltliche Berathung in Rechts- und amtlichen Angelegenheiten aller Art, und so viel sich nach dem Bericht beurtheilen läßt, ist dem Stuttgarter Institut die Anerkennung nicht zu versagen, daß es dieser Aufgabe sachgemäß nachgekommen ist. Worauf indeß hier die Aufmerksamkeit gelenkt werden soll, ist die indirecte politische Werbekraft, die ein solches Institut auf die der Socialdemokratie noch nicht angehörenden Volkskreise ausüben muß. Von den 5931 Besuchern des Stuttgarter Secretariats (der Bericht bezieht sich auf die ersten 10 Monate des Bestehens des Instituts) waren nur 1880 Angehörige einer socialdemokratischen, bezw. gewerkschaftlichen Organisation, die überwiegende Mehrheit also gehört anderen Kreisen an, und zwar keineswegs von Stuttgart allein, sondern auch von entlegeneren Gegenden. Selbst aus Orten, mit denen die „organisirte Arbeiterschaft" bisher keinerlei Fühlung hatte, kamen schriftliche und mündliche Anregen. Und wie unter der auswärtigen Clientel die bäuerliche Bevölkerung mit einem beständig wachsenden Procentsatz betheiligt ist, so ist in der Stadt Stuttgart eine allmählich wachsende Betheiligung der bürgerlichen Kreise, insbesondere des Handwerks, zu constatiren. Es besteht eben, insbesondere infolge der Versicherungsgesetzgebung des Reichs, aber auch in anderen besonders häufigen Rechtsangelegenheiten, wie Militairsachen, Miethstreitigkeiten, Erbschafts- und Ehesachen und dergleichen, in den breiten Schichten der Bevölkerung ein großes Bedürfniß nach einer mit Lasten, Umständlichkeiten und Förmlichkeiten nicht verknüpften Rechtsbelehrung. Dieses Bedürfniß zu befriedigen, sollte nicht einer politischen Partei überlassen bleiben, deren Ziele es für den Staat unerwünscht machen müssen, daß weite, ihr bisher fernstehende Bevölkerungsschichten sie im Lichte eines gemeinnützigen Anwaltes betrachten lernen. Daher erscheint der „Stoßseufzer" eines nationalliberalen Politikers, den der Bericht des Stuttgarter Arbeitersecretariats mit Genugthuung verzeichnet, sehr gerechtfertigt. Hier scheint in der That eine Aufgabe für den Staat vorzuliegen, die im Anschluß an die Gemeinde- und Gewerbegerichte unschwer zu bewältigen sein müßte, die aber freilich ersprießlich nur gelöst werden könnte, wenn alle bureaukratische Unnahbarkeit und alle formalistische Schwerfälligkeit gänzlich bei Seite gelegt würde."

Y. **Berlin**, 24. März. (Telegramm.) Der Kaiser und die Kaiserin machten gestern Nachmittag eine Spazierfahrt. Heute Vormittag machte der Kaiser den gewohnten Spaziergang, nahm danach Rücksprache mit dem Staatssecretair v. Bülow und hörte die Vorträge des Kriegsminister v. Goßler und des Generals v. Hahnke. Um 12 Uhr gewährte er dem Maler Ferraris eine Sitzung. Um 1 Uhr empfing er den Vice-Oberceremonienmeister Kammerherrn v. d. Knesebeck und den Professor Döpler.

⊙ **Berlin**, 24. März. (Telegramm.) Der Ausschuß für deutsche Nationalfeste theilt mit: „Der heute hier versammelte Vorstand des Ausschusses für die deutschen Nationalfeste beschloß, von den zur Wahl stehenden Festorten den Niederwald bei Rüdesheim als ständige Feststätte zu wählen. Die Wahl Rüdesheims ist an die Bedingungen geknüpft, daß die in Aussicht gestellte Gewährsumme voll beschafft, daß das Gelände vorläufig und zu einem annehmbaren Preise erworben werde, und daß die zu treffenden Vereinbarungen die Zustimmung des Ausschusses und der communalen Aufsichtsbehörde erhielten. Den Verbänden und Ortsausschüssen der übrigen in den Bewerb um die Feststätte eingetretenen Orte wurde für ihre bisherige thatkräftige und opferwillige Mitarbeit an dem vaterländischen Werke der wärmste Dank ausgesprochen. Die verdienstvollen Urheber dieser Pläne und eine Anzahl anderer Männer, die an der Sache bisher hervorragend mitgewirkt haben, wurden in den Ausschuß gewählt. Zugleich richtet der Vorstand an alle Deutsche des In- und Auslandes die innige Bitte um eine einmüthige und vor Allem auch thatkräftige Förderung des vaterländischen Unternehmens, das nunmehr der Ausschuß für die deutschen Nationalfeste mit allem Nachdruck zu verwirklichen bestrebt sein wird."

⊙ **Berlin**, 24. März. (Telegramm.) Dem Abgeordnetenhause ging ein Gesetzentwurf zu, betr. die Verbesserung des Diensteinkommens der Geistlichen bei der christlichen Confessionen.

* **Marienwerder**, 23. März. Im Wahlkreise Stuhm-Marienwerder ist die Candidatenfrage jetzt geregelt. Als deutscher Compromiß-Candidat für den Reichstag candidirt Gutsbesitzer Witt-Nebrau, für den Landtag Herr Witt-Nebrau und Amtsgerichtsrath Gördeler-Marienwerder.

* **Lübeck**, 23. März. Die freisinnige Volkspartei hat in einer heute stattgehabten Versammlung den Fabrikanten Pape als Reichstags-Candidaten aufgestellt und ein Zusammengehen mit den übrigen bürgerlichen Parteien abgelehnt. (B. T.)

†† **Wilhelmshaven**, 23. März. Ueber das Flaggschiff des Prinzen Heinrich, den Panzerkreuzer „Deutschland", sind in den letzten Tagen mehrfach stark entstellte Nachrichten durch die heimische und auswärtige Tagespresse gegangen. Auf Grund amtlicher Berichte wird uns von zuständiger Seite über den wahren Sachverhalt bezw. die Beschädigung, welche „Deutschland" erhielt, das Folgende mitgetheilt: Wenn von einem Bruch der Kolbenstange auf S. M. S. „Deutschland" die Rede gewesen ist, so kann jeder Fachmann darunter nur die Dampfkolbenstange verstehen. Eine Dampfkolbenstange hat der Panzerkreuzer überhaupt nicht, konnte mithin auch keinen Bruch derselben erleiden. Wohl hat S. M. S. „Deutschland" an der „Luft-, Speise- und Lenzpumpe" eine Kolbenstange. Der Bruch einer einzelnen solchen Stange würde aber niemals die Verzögerung der Fahrt im Gefolge gehabt haben; die in unverantwortlicher Weise — anscheinend zuerst von englischer Seite — aufgebauschte „Maschinenhavarie" läuft bei näherer Besichtigung darauf hinaus, daß „Deutschland", nachdem es bereits einen großen Theil seiner Reise mit bestem Erfolg zurückgelegt hatte, einen längeren Aufenthalt erlitt dadurch, daß sich ein Trunkzapfenlager warm lief. Das Warmlaufen eines solchen Lagers in den Tropen hat bei alten Maschinen, wie sie Deutschland besitzt, für den Fachmann nichts Beunruhigendes und Außergewöhnliches. Vielmehr wird jede Nation, deren Schiffe die Linie passiren, an ihnen schon ähnliche Erfahrungen gemacht haben. — Die Gründe für den längeren Aufenthalt des Prinzen Heinrich in Hongkong liegen auf ganz anderem Gebiet.

* **Hannover**, 23. März. In einer General-Versammlung des welfischen Wahlvereins für den 11. hannoverschen Reichstagswahlkreis Osterrode-Northeim-Einbeck wurde der Rittergutsbesitzer A. v. Hake jun. auf Ohr bei Hameln als welfischer Reichstags-Candidat aufgestellt. — In einer in Lehrte abgehaltenen General-Versammlung des welfischen Wahlvereins für den 14. hannoverschen Reichstagswahlkreis Celle-Gifhorn wurde der Hauptmann a. D. Freiherr v. Hammerstein in Thaersgarten bei Celle als welfischer Reichstags-Candidat aufgestellt. Gemeinsamer Candidat der national-liberalen Partei und des Bundes der Landwirthe ist bekanntlich Hofbesitzer Grote II in Clauen.

* **Dessau**, 23. März. Der anhaltische Landtag hat heute in dritter Lesung den Hauptfinanzetat für 1898/99 in Einnahme und Ausgabe auf 14 025 000 ℳ festgesetzt. Hierauf wurde der Landtag geschlossen.

* **Nürnberg**, 23. März. Laut den „M. N. N." erfolgt nächsten Dienstag die Wiederaufnahme des Betriebes der Schwabacher Gußstahlfugelwerke, und zwar theils durch bisherige, theils durch neue Arbeiter.

* **Freiburg i. B.**, 23. März. Der „Frankf. Ztg." wird von hier geschrieben: „Wir haben einen Erzbischof (der aber die Wahl nicht annehmen will. Red. d. „L. T.") und richtig wieder einen aus Preußen! Was wir vor einigen Monaten an dieser Stelle prophezeiten, ist in Erfüllung gegangen. Es dürfte jetzt an der Zeit sein, ein wenig hinter die Coulissen der Wahlgeschichte zu schauen. Wenige Tage nach dem Tode des Erzbischofs Roos ging eine Liste mit Candidaten nach Karlsruhe, auf der in ihrer Mehrzahl obscure Namen standen. Die Regierung, die keinen ihr genehmen Mann auf der Liste fand, bob nun, da auch diesmal der würdigste und kirchlich verdienstvollste Priester nicht unter den Vorgeschlagenen war, diesen auf ihren Schild — nämlich den Decan Xaver Lender in Sasbach. Sie schlug ihn direct in Rom vor. Die Curie, das Wahlrecht des Domcapitels verschlitzend, ging aber nicht auf eine directe Ernennung Lender's ein. Jahr und Tag hielt die Regierung, die einmal einen selbstständigen Mann wollte, an ihrem Candidaten fest. Doch vergeblich. Da man aber von allen Seiten zur Entscheidung drängte, mußte sie schließlich ihren Candidaten fallen lassen, und es kam zu einer neuen Vereinbarung, aus der heute abermals ein preußischer Bischof, Komp aus Fulda, hervorging. Wir lassen die Würdigkeit und die Tugenden des Gewählten ganz bei Seite und fragen: War denn wieder kein Priester in der großen Diöcese Freiburg würdig und fähig, Bischof zu werden im eigenen Lande? Muß denn die Diöcese Freiburg stets einen Fremdling zum Oberhirten haben? Wir haben, dies Zeugniß darf man dem badischen Klerus nicht versagen, Männer genug, die in jeder Hinsicht dazu fähig wären, aber man will diese Männer nicht. Ich nenne nur einen. Man hat vor zwölf Jahren schon wie diesmal allerlei Leute auf die Liste gesetzt, den Mann aber, der seit 45 Jahren mitten im Volke und im Klerus lebt, selbstlos und aufopfernd wirkend, welcher der Freund und Berather des älteren und der Erzieher und Vater des größten Theils des jüngeren Klerus ist, diesen Mann hat man weder damals noch heute auf die Liste zu setzen gewollt und wählte schließlich lieber wieder einen Fremden als ihn. Und doch wäre ein Ruf der Freude und des Jubels durch Klerus und Volk des Landes gegangen, wenn es geheißen hätte: „Lender ist unser Bischof!" Es hat nicht sollen sein; es wär' zu gut gewesen und zu vernünftig! Wir wissen es, und Jeder, der ihn kennt, wird es auch wissen, daß Decan Lender auch diesmal wie vor zwölf Jahren diese neue Kränkung tragen wird, wie ein edler, selbstloser Priester sie trägt. Er wird schweigen, wie er seit zwölf Jahren geschwiegen und gedulbet hat. Aber seine Freunde dürfen nicht schweigen, und darum haben wir diese Zeilen geschrieben, damit der würdigste und verdienstvollste Priester der Diöcese nicht auch diesmal wieder sang- und klanglos abgethan wird. Der badische Klerus aber mag sich bedanken bei Jenen, die ihm abermals das Armuthszeugniß ausgestellt haben, daß unter ihm kein Mann sich finde, der tauglich sei zum Bischof. Die Wahlparole war, wie es scheint: „Wenns keiner von uns sein kann, darfs auch kein anderer aus dem Lande werden!""

Oesterreich-Ungarn.

Zur Lage.

* **Wien**, 24. März. (Telegramm.) Abgeordnetenhaus. Der Präsident widmet der verstorbenen Erzherzogin Valerie einen warmen Nachruf. Das Haus geht sodann zur Tagesordnung über: Fortsetzung der Debatte über die letzte Erklärung der Regierung. Abg. Steinwender führt aus: Das deutsche Volk müsse vor Allem erfahren, wie sich die Regierung zu den Sprachenverordnungen verhalte. Daß die Regierung ihrer Pflicht gemäß dieselben durch ein Gesetz ersetzen wolle, sei bekannt, es handele sich aber darum, daß die Sprachenverhältnisse sofort durch ein Gesetz geregelt würden, das den Rechten des deutschen Volkes entspreche. So lange diese Frage nicht geordnet sei, würde kein Budget und kein Ausgleich bewilligt werden. Der Ministerpräsident möge sich dadurch nicht täuschen lassen, daß das Parlament jetzt halbwegs ruhig berathe. Die Arbeit auf dem Gebiete der volkswirthschaftlichen und socialen Reformen sei das beste Mittel zur Minderung der nationalen Gegensätze. Davon könne jedoch keine Rede sein, so lange man den Deutschen nicht gerecht werde. (Lebhafter Beifall links.) Abg. Baron Dipauli fühlt sich durch die Erklärung des Ministerpräsidenten nicht befriedigt. Seine Partei stehe in keinem Verhältnisse zur Regierung, sie werde aber gern der Regierung, sowie jeder Regierung des Kaisers eine vollständige Objectivität entgegenbringen, unter der Bedingung der Wahrung und der Berücksichtigung der Interessen der Wähler. Redner bespricht sodann die Steuerreform und sagt bezüglich Ungarns, das Zustandekommen des Ausgleichs, jedoch eines gerechten Ausgleichs, liege im Interesse der Monarchie. Er sei für eine gesetzliche Regelung der Sprachenfrage und wünsche, daß noch vor der Tagung der Delegationen ein Sprachenausschuß gewählt werde, der als ein ständiger Ausschuß thätig sein solle, um die Frage bis zur Wiedereröffnung des Parlaments nach der Delegationstagung vorwärts zu bringen. Redner betont, daß die katholische Volkspartei immer auf dem Standpuncte stehe, daß es möglich sei, die Sprachenverordnungen aufzuheben und zugleich ein Sprachengesetz zu erlassen, daß es aber schwierig sei, Verordnungen aufzuheben, ohne für eine gesetzliche Regelung zu sorgen. Eine endgiltige Regelung könne nur durch eine freie Verständigung zwischen den Völkern erfolgen. Es sei bedauerlich, daß die Stellung der katholischen Volkspartei durch die Haltung der Linken erschwert werde. Die Ansprüche der Deutschen in Böhmen seien eine Mischung von berechtigten nationalen und nicht berechtigten politischen Ansprüchen. Die Deutschen stellten sich einseitig auf den liberalen politischen Standpunct, wodurch sie sich das deutsche Alpenvolk entfremdet und zur Schwächung der Deutschen in Oesterreich beigetragen hätten. Trotzdem biete die katholische Volkspartei den Deutschen in Böhmen die Hand. Oesterreich könne weder ein slawischer, noch ein deutscher Staat sein, Oesterreich sei ein Staat der Nationalitäten. Wer Oesterreich erhalten wolle, müsse den Frieden unter den Völkern anstreben. Die österreichische Idee erblicke Redner in der historischen Weiterentwickelung, die nicht slawisch, aber auch nicht rein deutsch sein dürfe. Die Deutschen möchten den Kampf und die eingebildete Hegemonie aufgeben und sich der Aufgabe eines wahren Culturvolks widmen, nämlich der Heranziehung der andern Völker auf die eigene Höhe. Redner schließt mit einem Appell zur Anbahnung des Friedenswerks. Hierauf wird die Verhandlung abgebrochen. Das Haus lehnte sodann den Antrag Steinwender auf Verlegung der Wahlen zu den Delegationen ab. Nächste Sitzung heute Abend mit der Tagesordnung: Wahl der Delegation und der Quotendeputation. Die Abg. Funke und Gen. bringen einen dringlichen Antrag, betr. die sofortige Aufhebung des Erlasses des Unterrichtsministeriums vom 5. Februar d. J. ein, der verfügte, daß die akademischen Behörden gegen Studenten, die ihre akademischen Pflichten verletzten, sofort mit Relegation vorzugehen haben.

* **Wien**, 24. März. (Telegramm.) Fast alle Blätter heben den ruhigen Verlauf der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses hervor. — Die „Neue Freie Presse" sagt: Wenn (!) das Abgeordnetenhaus bei dem gestern angeschlagenen Tone bleibt, so ist die erste und wichtigste der vom Ministerpräsidenten verkündeten Aufgaben, nämlich die Wiederherstellung geordneter parlamentarischer Zustände und des regelmäßigen Ganges der Gesetzgebung, beinahe gelöst. — Das „Fremdenblatt" schreibt: Der ungestörte, der Würde des Parlaments angemessene Verlauf mußte wahrhafte Befriedigung hervorrufen. — Das „Neue Wiener Tagblatt" nennt die gestrige Sitzung eine regelrechte Debatte ohne erregte Scenerien und ohne stürmische Emotionen, also ein befriedigendes parlamentarisches Bild, wie man es schon lange nicht genossen habe. — Das „Wiener Tagblatt" schreibt: Das ist ein guter Anfang und gewiß ist der Wunsch allgemein, daß die Fortsetzung dem Anfang entspreche. — Das „Extrablatt" schreibt: Die Schönerianer haben es wenigstens vorläufig aufgegeben, den Präsidenten zu insultiren, nachdem sie erkannten, daß auch kein Bruchtheil der anderen Oppositionsparteien gewillt sei, ihnen dabei Heeresfolge zu leisten. — Das „Deutsche Volksblatt" meint, gestern empfing man den Eindruck, als ob sich auch auf Seiten der Oppositionsparteien das Bedürfniß geltend machen würde, den Reichsrath wieder actionsfähig zu machen. — Die „Deutsche Zeitung" schreibt: Die gestrige Sitzung zeigt, daß die Opposition auch ohne lärmvolle Ausbrüche und unwürdige Schimpfereien geführt werden kann. — Das „Vaterland" bezeichnet es als günstiges Anzeichen, daß für heute eine Abendsitzung angeordnet ist behufs Vornahme der Wahlen in die Delegation und die Quoten-Deputation und sieht ferner ein solches in dem deutsch-tschechischen Wahlcompromiß. — Auch das „Neue Wiener Journal" und die „Oesterreichische Volkszeitung" stellen mit warmer Befriedigung den ruhigen und normalen Verlauf der gestrigen Sitzung fest.

Frankreich.

Frau Dreyfus.

* **Paris**, 24. März. (Telegramm.) Der „Siècle" veröffentlicht einen Aufruf, der von den Frauen hervorragender Politiker und Gelehrter unterzeichnet ist. Der Aufruf wendet sich an die Frauen Frankreichs, sie möchten für die Gewährung der Petition der Frau Dreyfus bei der Regierung eintreten.

Großbritannien.

Salisbury.

* **London**, 24. März. (Telegramm.) Wie „Daily Chronicle" erfährt, hat Salisbury dem Cabinet mitgetheilt, er sei gezwungen, nicht nur das Portefeuille des Auswärtigen, sondern auch den Posten des Premierministers niederzulegen. Sollte dieser Entschluß Salisbury's unabwendbar sein, so würde der Herzog von Devonshire Premier und Balfour Minister des Auswärtigen werden, ohne daß sie ihre gegenwärtigen Posten niederlegen.

Orient.

Die Pforte und Bulgarien; Russische Forderung.

* **Konstantinopel**, 24. März. (Telegramm.) In Ducho bei Kostivari wurde ein bulgarischer Priester, angeblich von einem Serben, ermordet. — Laut des in Petersburg getroffenen Abkommens wird die vereinbarte Anzahlung auf die Rückstände aus der Kriegsentschädigung von der Pforte mit Anweisungen auf die Provinzialcasse gedeckt werden. — Der Sultan gewährte anläßlich der Vermählung der Prinzessin Naime die vom bulgarischen Agenten Markow nachgesuchte Begnadigung von 19 wegen politischer Vergehen verurtheilter Bulgaren. Ausgeschlossen wurden die wegen der Uesküb-Angelegenheit Verurtheilten.

Delyannis.

* **Athen**, 24. März. (Telegramm.) Man glaubt, daß die in der Kammer abgegebene Erklärung Delyannis', er gedenke jetzt, wo die nationalen Fragen entschieden, seine Actions-Freiheit wieder aufzunehmen, nach der Abstimmung über die Anleihe zu einer Minister-Krise führen werde.

Asien.

Prinz Heinrich; Die russischen Absichten.

* **London**, 24. März. (Telegramm.) Nach einer Meldung der „Daily Mail" aus Hongkong von gestern wird Prinz Heinrich, welcher sich vergangenen Dienstag nach Swatow begeben hatte, morgen nach Hongkong zurückkehren. Das Blatt erfährt ferner, die „Deutschland" werde am 5. April bereit sein, in See zu gehen. Am 29. d. M. gedenkt die britische Gesellschaft von Hongkong dem Prinzen zu Ehren einen Ball zu geben.

* **London**, 24. März. (Telegramm.) „Daily Mail" meldet aus Nagasaki, es werde geglaubt, daß, wenn China die russischen Forderungen nicht vor Sonnabend bewillige, Rußland sich Port Arthurs und Talienwans gewaltsam bemächtigen und die russische Flagge hissen werde. Zwei russische Kriegsschiffe gingen am 23. März von Nagasaki, muthmaßlich nach Port Arthur, ab. (Magdeb. Ztg.)

Amerika.

Cuba; „Maine"-Affaire.

* **Havannah**, 24. März. (Telegramm.) Die Colonne des Generals Castellanos schlug die Aufständischen zweimal bei Camaguey und bemächtigte sich ihres wichtigen festen Lagers. Die Verluste der Aufständischen waren bedeutend.

* **Madrid**, 24. März. (Telegramm.) Im Ministerrathe theilte der Ministerpräsident Sagasta eine Depesche des Generals Blanco mit, in welcher es heißt: „Der Capitain der „Maine" bittet um die Erlaubniß, das Wrack der „Maine" mit Dynamit sprengen zu dürfen. Die Erlaubniß ist verweigert worden." Ueber den Bericht, betr. den Unfall der „Maine" wird Stillschweigen bewahrt. Der Minister des Aeußeren ist beauftragt worden, die Frage zu prüfen und die Rechte Spaniens energisch zu vertheidigen.

Marine.

* **Berlin**, 24. März. (Telegramm.) Es sind am 23. d. M. in See gegangen: S. M. S. „Regir" von Kiel und das Vermessungsdetachement für Kiautschau von Bremerhaven. Es sind eingelaufen im Kieler Hafen: am 22. d. Mts. S. M. S. „Carola", am 23. S. M. SS. „Mars" und „Ulan", S. M. Schultorpedoboote „S 2", „S 6" und „S 23" sind mit S. M. Torpedobooten „S 15", „S 21" und „S 22" am 22. d. M. nach Wilhelmshaven zurückgekehrt.

Ernennungen, Versetzungen ꝛc. im öffentlichen Dienste.

Departement des Cultus und öffentlichen Unterrichts.

Erledigt: die 2. Lehrerstelle in Zehren. Collator: das königl. Ministerium des Cultus und öffentlichen Unterrichts. Gehalt: 1009 ℳ Fixum, 100 ℳ unwiderrufliche persönliche Zulage, 100 ℳ für den Fortbildungsschulunterricht, 180 ℳ Wohnungsgeld. Eine weitere persönliche Zulage wird bei guten Leistungen in Aussicht gestellt. Meldungen sind bis zum 18. April an den königl. Bezirksschulinspector Schulrath Wangemann in Cöln-Elbe einzureichen. — Zu besetzen: die Nebenschulstelle in Schindelbach. Collator: die oberste Schulbehörde. Einkommen: 1000 ℳ Gehalt, 36 ℳ für Turnunterricht und freie Wohnung im Schulhause. Gesuche mit allen erforderlichen Beilagen sind bis zum 7. April bei dem königl. Bezirksschulinspector Dr. Bräutigam in Marienberg einzureichen.

Gerichtsverhandlungen.

Königliches Landgericht.

Strafkammer III.

G. **Leipzig**, 23. März. I. In der Zeit vom 30. September bis Anfang November hat sich der 18 Jahre alte Handlungsgehilfe Ferdinand Karl Albert Pf. aus Plagwitz in neun Fällen je 10 ℳ dadurch zu verschaffen gewußt, daß er in den Lohnabrechnungen der Arbeiter in der M.'schen Fabrik je 10 ℳ höheren Lohn, bezw. 10 ℳ höheren Vorschuß einstellte und sich von dem Buchhalter R. geben ließ, als sie thatsächlich durch ihn ausgezahlt erhielten. Um diese Erhöhung zu erreichen, hatte Pf. in sechs Fällen die Lohnbücher gefälscht, indem er Zahlen ausradirte und andere dafür hinschrieb. Unter Zubilligung mildernder Umstände wurde der bisher unbestrafte Pf. wegen Urkundenfälschung und Betrugs zu drei Monaten Gefängniß verurtheilt.

II. In angetrunkenem Zustande kamen am Abend des 16. December gegen 10 Uhr der 24 Jahre alte Handarbeiter Friedrich Paul L. aus Gerichshain, der 31 Jahre alte Fabrikarbeiter Friedrich Wilhelm Le. aus Klein-Bauchlingen und der 30 Jahre alte Handarbeiter Otto Gustav G. in Dewitz in den Hof des der Stadt Leipzig gehörenden Rittergutes Cunnersdorf bei Taucha und verübten dort Scandal. L. zerschlug mit seinem Stock zwei Scheiben eines Parterrefensters und verlockte dem Dienstknecht Pf., der auf den entstandenen Lärm hin aus der Gesindestube herausstrat und fragte, was es gäbe, einen Messerstich ins Ohr, der eine 1½ cm tiefe, zwei Centimeter lange Wunde verursachte, deren Heilung 14 Tage ärztlicher Behandlung erforderte. Der Dienstknecht P., der bereits zu Bett lag, stand auf und kam in die Gesindestube, flüchtete indessen sofort vor dem eindringenden Burschen wieder in die Kammer zurück. L. rief ihm durch die Thüre, die P. zuhielt, zu: „Wenn wir den L .... jungen herauskriegen, stechen wir ihn todt!" L. wurde wegen Hausfriedensbruch, Sachbeschädigung, Bedrohung und Körperverletzung unter Ausschluß mildernder Umstände zu vier Monaten zwei Wochen Gefängniß verurtheilt, auf welche Strafe zwei Wochen der erlittenen Untersuchungshaft in Anrechnung gebracht wurden. Le. und G. wurden wegen gemeinschaftlichen Hausfriedensbruchs mit zwei Wochen Gefängniß bestraft. Das zur That von L. gebrauchte Messer wurde eingezogen.

III. Ein vom Berliner Bahnhof kommender Motorwagen der Linie Schönefeld-Bayerischer Bahnhof der Leipziger Elektrischen Straßenbahn fuhr am 30. November Abends in der siebenten Stunde in der Berliner Straße auf einen von dem Geschirrführer August Friedrich R. der Firma Sch. & Co. geleiteten Rollwagen auf. Dem Motorwagen wurde die Spritzwand eingedrückt und die Laterne zertrümmert, wodurch 24 ℳ Reparaturkosten entstanden. R. wurde vom Wagen geschleudert, trug aber keinerlei Verletzungen davon, auch sein Pferd hatte sich beim Stürzen nicht beschädigt. Der Motorwagenführer hatte bereits 100 m vor der Unfallstelle zu klingeln begonnen und, als der Geschirrführer die Glockensignale nicht beachtete, auch gebremst, er konnte aber bei den durch die Abendnebel schlüpfrigen Schienen den Wagen nicht rechtzeitig zum Stehen bringen. Die Schuld an dem Unfall trug allein der Geschirrführer, der, nachdem er zunächst bei der Restauration von G. gehalten hatte, vorschriftsmäßig auf die rechte Straßenseite (nach der Stadt zu) fuhr, dann aber ohne jede Veranlassung, denn die Straße war von Geleisen frei, nach links abbog und das Klingeln des Motorwagenführers, das er bei nur einigermaßen Aufmerksamkeit hätte hören müssen, nicht beachtete. Unter Berücksichtigung seiner bisherigen Unbescholtenheit wurde R. wegen fahrlässiger Gefährdung eines Eisenbahntransports mit vier Tagen Gefängniß bestraft. Weil er dem ihn befragenden Polizeiwachtmeister gegenüber sich erst Müller und dann Richter genannt und angegeben hatte, daß er bei dem Spediteur U. in Stellung sei, muß R. noch weitere zwei Tage Haft verbüßen.

IV. In der Herberge zur Heimath lernte der bereits mehrfach bestrafte 30 Jahre alte Kaufmann Friedrich Otto K. aus Zehmen bei Roßla am 9. December den Schriftsetzer St. kennen, den er alsbald in seine intimsten Familienverhältnisse und kühnsten Pläne einweihte. Er gedachte nichts Geringeres, als seinen Vetter, den Destillateur E., um ein Darlehn anzugehen, von dem auch St. eventuell eine Mark erhalten sollte. Um aber bei seinem Vetter einen besseren Eindruck zu machen, bat er St., ihm für kurze Zeit seinen Havelock zu leihen, da er den seinen versetzt habe. Nach anfänglichem Sträuben ging St. auch auf den Vorschlag ein und wartete vor der Destillation des angeblichen Vetters. Als aber K. über eine Viertelstunde ausblieb, ging St. in das Local und erfuhr hier, daß er einem Schwindler in die Hände gefallen war, der mit seinem (St.'s) Havelock, der einen Werth von 25 ℳ hatte, durch die Hinterthür davongegangen war. Später wurde K. in Berlin festgenommen. Er war noch im Besitz des Ueberziehers, den er St. zurückgab. K. war wegen Rückfallbetrugs unter Anklage gestellt worden, doch zeigte es sich, daß die beiden Vorstrafen den Rückfall noch nicht bedingen. K. wurde unter Anrechnung von zwei Wochen der erlittenen Untersuchungshaft zu zwei Monaten Gefängniß verurtheilt.

V. Vom Juli vergangenen Jahres ab war der 14 Jahre alte Lausbursche Friedrich David Wilhelm K. aus Neuschönefeld bei dem hiesigen Buchhändler H. in Stellung. Am 25. November sollte er einen eingeschriebenen Brief, in welchem sich zwei Fünfmarkscheine und 2,50 ℳ in Briefmarken befanden, zur Post schaffen, er hat aber den Brief zurückbehalten und sich den Inhalt angeeignet. Am 12. December verfuhr er mit einem zweiten eingeschriebenen Brief, der außer einem Wechsel über 53,60 ℳ 1,55 ℳ Briefmarken enthielt, in gleicher Weise und am 17. December behielt er sogar zwei Einschreibebriefe mit 76,80 ℳ in Coupons und bez. einen Zwanzigmarkschein zurück. Den Nachfragen seines Principals suchte K. durch die Lüge zu entgehen, daß er das Posteinlieferungsbuch verloren habe. Von den Inhalt der Briefe hat K. die Coupons und den Wechsel als für ihn unverwerthbar angeblich verschickt, auch die Briefmarken will er weggeworfen und nur die Cassenscheine behalten haben. Seiner Mutter gegenüber erklärte er, er habe das Geld von seinem Principal als Weihnachtsgeschenk erhalten. K. muß seine Unterschlagungen mit einem Monat Gefängniß büßen.

VI. Für Miethgeldprellereien hat der 18 Jahre alte Dienstknecht Hermann Richard R. aus Reunitz besondere Neigung und selbst empfindliche Strafen haben ihn von neuen Schwindeleien nicht abhalten können. Am 8. November erschien er bei dem Fuhrwerksbesitzer F. in Beiersdorf, gab sich für den Dienstknecht Hermann Richard Zieger aus Burgberg aus und vermiethete sich für den 1. Januar 1898. Er erhielt vom Sohn F.'s 3 ℳ Draufgeld ausgezahlt und quittirte darüber unter dem Namen Zieger. Für denselben Termin hat er sich aber auch bei dem Gutsbesitzer H. in Großdardau und dem Gutsbesitzer K. in Geimnitz vermiethet und das Handgeld von je 3 ℳ empfangen. Während er früher bezüglich der beiden letzten Fälle ebenfalls glatt zugestanden hatte, daß es ihm lediglich auf die Erlangung der Miethdöthaler angekommen sei, machte er in der Hauptverhandlung Ausflüchte. Es mußten daher diese beiden Betrugsfälle abgetrennt und für eine weitere Verhandlung zurückgestellt werden. Für die Schwindelei und die Urkundenfälschung im Beiersdorfer Falle aber wurde R. unter Zubilligung mildernder Umstände zu vier Monaten Gefängniß verurtheilt.

Aus Bädern und Curorten.

§ **Meraner Volksschauspiele.** So lange die Volksschauspiele bestehen, war noch nie ein solcher Andrang, wie bei der ersten Aufführung in dieser Saison. Wo es nur möglich war, wurde noch ein Sitz improvisirt und dennoch fanden Viele keinen Einlaß. In der Hofloge befanden sich Erzherzog Ludwig Victor, Frau Herzogin Maria Theresia von Württemberg, Herzog Albrecht von Württemberg, Frau Erzherzogin Margarethe von Württemberg mit den Prinzen Philipp Albrecht, Albrecht Eugen, Carl Alexander und der Prinzessin Amalie. Erzherzog Franz Ferdinand d'Este hatte im Zuschauerraum Platz genommen. Die Vorstellung — es wurde „Andreas Hofer" von Halbritter und Wolf gegeben — war eine ausgezeichnete und erregten die einzelnen Bilder stürmischen Beifall. Die nächste Vorstellung — „Tiroler Helden" von Karl Wolf — findet am Sonntag, den 27. d. Mts. statt. Das Wetter war herrlich und nicht zu warm.

Sport.

Z. Zu einem großen patriotischen Festcommers werden sich am 22. April die Leipziger Radfahrer als zu einer würdigen Feier des 70jährigen Geburtstages und 25jährigen Regierungs-Jubiläums Sr. Majestät des Königs Albert im Etablissement Sanssouci vereinigen. Das Arrangement des Festes hat der Bezirk Leipzig des deutschen Radfahrerbundes übernommen. In der gestern Abend im „Hopfenstock" stattgefundenen Vorstandssitzung wurde u. A. mitgetheilt, daß zu diesem Zweck vom Gau 100 ℳ bewilligt worden sind. Directe Einladungen zu dem Fest, das mit großer Sorgfalt vorbereitet wird, werden an sämmtliche in Leipzig bestehenden Radfahrer-Verbände und Vereine ergehen. Ebenso ist die Betheiligung von keinem Verein angehörigen Leipziger radfahrenden Damen und Herren erwünscht.

Die „Lipsia-Fahrrad-Industrie", vormals Bruno Zirrgiebel, übersendet zu Beginn der Saison den Interessenten des Radfahrsports sowie ihren Geschäftsfreunden den 1898er Katalog in Form eines sauber ausgestatteten Heftchens. Derselbe bringt, reich mit Abbildungen von Rädern und Zubehörtheilen versehen, auch für dieses Jahr eine Masse neuer Modelle, welche durchweg elegant erscheinen. Große Stabilität und überraschend leichter Lauf, die von jeher bekannten Eigenschaften des „Lipsia"-Rades, sind zu weiterer Vollkommenheit gebracht worden; die verwendeten Materialien sind, wie der Katalog hervorhebt, von ausgesuchter Qualität und alle Errungenschaften der modernen Fahrrad-Technik haben bei der Construction und Ausstattung der neuen Modelle Anwendung gefunden. Das „Lipsia"-Rad wird daher auch in dieser Saison seinen Platz unter den wirklich guten Rädern behaupten und sich zu der großen Zahl seiner alten Freunde noch viele neue erwerben. — Mit der Ausgabe dieses Kataloges, welcher eine Anzahl von Abbildungen Leipziger Sehenswürdigkeiten enthält, bietet die Firma ihren Kunden einen Führer durch Leipzig und labet dieselben zugleich zu einem gelegentlichen Besuche ihrer Geschäftshäuser ein. -l.

SLUB
Wir führen Wissen.